



Bericht

der SPD-Regionsfraktion
für den Zeitraum von
November 2011 bis März 2015



(v.l.n.r.: Silke Gardlo, Andreas Strauch, Cornelia Busch, Ernesto Nebot Pomar, Daniela Grunwald-Galler, Dr. Dirk Härdich, Wolfgang Toboldt, Ulrike Thiele, Paul Krause, Ingrid König, Walter Richter, Angela Klingspohn, Frank Muhlert, Detlev Herzig, Holger Wegener, Elke Zach, Angelika Walther, Jürgen Buchholz, Anke Drude, Bodo Messerschmidt, Klaus Brauer, Petra Rudsuck, Christina Schlicker, Stefan Müller, Rudolf Alker, Sascha Glade, Henning Harter, Horst Knoke, Kerstin Liebelt, Frank Straßburger, Karlheinz Mönkeberg)

Vorwort	Seite 3
AG Abfallwirtschaft	Seite 4
AG Feuerschutz, Rettungswesen und allgemeine Ordnungsangelegenheiten	Seite 8
AG Gleichstellung, Integration und demografischer Wandel	Seite 10
AG Kinder und Jugend	Seite 11
AG Qualifizierung und Berufliche Bildung	Seite 12
AG Regionalplanung, Naherholung, Metropolregion und Europa	Seite 14
AG Schule, Kultur und Sport	Seite 15
AG Soziales, Wohnungswesen und Gesundheit	Seite 17
AG Umwelt und Klimaschutz	Seite 18
AG Verkehr	Seite 20
AG Verwaltungsreform, Finanzen, Organisation und Personal	Seite 22
AG Wirtschaft und Beschäftigung	Seite 24

SPD-Regionsfraktion Hannover
Hildesheimer Straße 20
30169 Hannover

fon: 0511/616 - 22192
eMail: spd@spd-fraktion.region-hannover.de
www.spd-regionsfraktion-hannover.de

Finanzpolitisch solide wirtschaften – Verantwortung übernehmen – die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens sichern.

Diesen politischen Leitlinien fühlen wir uns verpflichtet!

Die Region Hannover ist mit der Kommunalwahl 2011 in ihre dritte Wahlperiode gestartet. Sie hat sich seit der Gründung im Jahr 2001 weiterentwickelt aber auch als kommunale Gebietskörperschaft bewährt. Daran werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten weiter festhalten. Allerdings mussten wir insbesondere in dieser Wahlperiode auch einige Fragestellungen, die mit der Regionsbildung einhergingen, neu überdenken und zum Teil auch verändern. So hat uns die Frage der Abfallgebührensatzung bereits einen guten Teil der Wahlperiode beschäftigt und wird uns auch in diesem Jahr weiter fordern. Die Frage von zwei unterschiedlichen Systemen in einer kommunalen Gebietskörperschaft war 2001 so beantwortet worden: wir haben zwei Systeme. Dies wurde inzwischen nach Klage durch den ehemaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden vom Gericht als nicht zulässig erachtet. Seitdem versuchen wir als rot-grüne Mehrheit gemeinsam mit Verwaltung und dem Abfallwirtschaftsbetrieb eine juristisch einwandfreie und dennoch sozialverträgliche Lösung zu erarbeiten, begleitet durch massive Störfeuer der anderen großen Fraktion in der Versammlung.

Überhaupt ist diese Wahlperiode beeinflusst von viel Wahlkampfgetöse und wenig Möglichkeiten der sachlichen Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Daran mögen auch die Wahlen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie des Regionspräsidenten im Jahr 2014 einen großen Anteil haben. Den Bürgerinnen und Bürgern in der Region hilft diese populistische Verweigerungshaltung jedoch in keiner Weise. SPD und Grüne in der Regionsversammlung arbeiten sachorientiert und übernehmen Verantwortung für die Region Hannover. Und dies gilt ebenso bei der sehr schwierigen Frage der künftigen medizinischen Ausrichtung unseres kommunalen Regionalklinikums. Das Medizinkonzept 2020 – ein ebenso notwendiges wie aber auch in vielen Bereichen schmerzliches Konzept - wurde von der SPD-Fraktion ausführlich beraten und dann im Dezember 2014 gemeinsam mit dem grünen Partner beschlossen. Wir erhoffen uns mit der Umsetzung des Konzeptes eine langfristige Zukunftsfähigkeit des KRH und der medizinischen Versorgung in der Region.

Über unser weitreichendes Aufgabenspektrum der Region mit vielen Themen und unterschiedlichen Zielgruppen informieren die nachfolgenden Berichte unserer Arbeitsgruppen. Mit vielen dieser Aufgaben sind wir nah am Alltag der Bürgerinnen und Bürger in der Region. Wenn hier Änderungen anstehen, sind wir gefragt und suchen den direkten Dialog. Dies haben wir nicht nur bei den großen und z.T. schwierigen Themen wie dem Medizinkonzept, dem Ausbau der Stadtbahnlinien in Hannover oder der Änderung der Gebührensatzung bei der Abfallentsorgung gezeigt. Dazu gehört auch der Kontakt zu allen regionsangehörigen Städten und Gemeinden und insbesondere der SPD vor Ort, den wir weiter ausbauen werden. Wir haben als Fraktion mit unserem Konzept der „Fraktion vor Ort“ -Sitzungen bereits viele regionsangehörige Städte und Gemeinden aufgesucht und die Besonderheiten, aber auch die Probleme der jeweiligen Kommune kennengelernt. Dies werden wir bis zum Ende der Wahlperiode fortführen.

Silke Gardlo, Vorsitzende der SPD-Regionsfraktion Hannover

AG Abfallwirtschaft

Mitglieder: Jürgen Buchholz (Ausschussmitglied/stellv. Sprecher), Klaus Brauer (Ausschussmitglied), Ingrid König (Ausschussvorsitzende), Wolfgang Toboldt (Ausschussmitglied/Sprecher), Horst Knoke, Walter Richter, Petra Rudsuck, Holger Wegener

Sachkundige Einwohner: Michael Ludwig, Thomas Sonnabend

Gast: Bernd Mehrstedt

In der Wahlperiode 2011 – 2016 hat im Bereich Abfall eindeutig die **Gebührenfrage** die Diskussion bestimmt.

Die bis Ende 2013 gültige Abfallsatzung und die Abfallgebührensatzung mussten aufgrund eines Urteils des Oberverwaltungsgerichtes Lüneburg aus dem Herbst 2012 verändert werden. Bis dahin galt für die Bewohnerinnen und Bewohner des Umlandes von Hannover, dass sie über ihre Gebührenbescheide der jeweiligen Stadtverwaltung eine Grundgebühr von 12,40 Euro monatlich pro Wohneinheit zu zahlen hatten. Darüber hinaus konnten bedarfsgerecht Restabfallsäcke gekauft werden. In den meisten Fällen haben die kleineren Haushalte nur 2 bis 4 Säcke unterschiedlicher Größe pro Monat gebraucht. Das hat etwa zusätzliche Kosten von 1 bis 2 Euro pro Monat ausgemacht.

Wer Müll getrennt hat, konnte an diesen 1 bis 2 Euro pro Monat etwas sparen, nicht aber an den 12,40 Euro Grundgebühr. Auch wenn man vier Wochen im Urlaub war, wurden die 12,40 Euro Grundgebühr von der Stadtverwaltung abgebucht.

Umweltbewusstsein hat sich zwar durch den Sackverbrauch durchaus eingestellt, der größte Teil (80 bis 90 Prozent je nach Müllaufkommen im Haushalt) wurde aber als Grundgebühr gezahlt, ohne dass damit irgendwelche Anreize zur Müllvermeidung verbunden waren. Der Anreiz lag darin, dass mit der Grundgebühr die für die Bürger kostenfreien Wertstoffhöfe, die Grüngutsammelstellen und die Sperrmüllabfuhr finanziert wurden; immerhin ein Kostenanteil von etwa 25 Prozent der Gesamtausgaben.

Nach dem Urteil war klar: In Bezug auf die Gebühr konnte nichts mehr so bleiben wie es war.

Es musste eine Variante gefunden werden, die die Vorgaben des Gerichtes erfüllt und den Preis eines Abfallsackes nicht in Dimensionen von bis 4 Euro oder höher steigen lässt.

Dies war ein schwieriges Unterfangen, vor allem dies mit den Bürgerinnen und Bürgern zu kommunizieren, denn die Frage „Sack oder Tonne“ wurde zuweilen sehr emotional geführt. Deshalb war die SPD-Regionsfraktion zu über 20 Veranstaltungen – öffentlich oder parteiintern – in der Region unterwegs, um ständig über neue Entwicklungen zu berichten und die Meinungen der Parteibasis und der Regionsbevölkerung aufzunehmen.

Mitte 2013 wurde dann mit rot-grüner Mehrheit, unter Zustimmung auch anderer kleiner Fraktionen, die neue Satzung beschlossen. Seitdem befand sich aha in der Umsetzungsphase, die sich erwartungsgemäß an vielen Punkten schwierig gestaltete. Aber bisher waren nie so große Veränderungen in der Abfallabfuhr der Region Hannover, ja sogar in anderen Entsorgungsgebieten in Deutschland, erforderlich.

Die SPD-Regionsfraktion hatte sich vor allem folgende Ziele für die Entscheidung für eine neue Gebührenstruktur gesetzt:

- Die Sackabfuhr sollte erhalten bleiben und die Wahlmöglichkeit zwischen Sack oder Tonne im jetzigen Sackabfuhrgebiet geschaffen werden.
- Auch wenn die Umverteilung von Gebühren in manchen Fällen zu starken Mehr- bzw. Minderbelastungen führt, sollte keine Personengruppe zu stark durch neue Gebühren ent- oder belastet werden.
- Der hohe Standard, die kostenfreie Sperrmüllabfuhr und vor allem die für Bürgerinnen und Bürger kostenfreie Anlieferung auf Wertstoffhöfen und Grüngutsammelstellen sollten erhalten bleiben.

Aus Sicht der SPD-Regionsfraktion war dies auch einigermaßen mit dem Beschluss im Sommer 2013 gelungen, vor allem mit der Teilung der Grundgebühr in einen grundstücks- und einen wohnungsbezogenen Anteil. Damit konnten allzu große Mehrbelastungen in städtischen Ballungsgebieten mit größeren Wohneinheiten vermieden werden.

Dennoch gab es gerade aus den Bereichen mit verdichteter Bebauung sehr viele Klagen vor dem Verwaltungsgericht, da einige große Wohnungsgesellschaften oder Verbände ihre Mitglieder zu Klagen animierten bzw. selbst klagten.

Im November 2014 urteilte das Obergericht Lüneburg im Rahmen eines Normenkontrollverfahrens nun erneut über die Abfallsatzung und die Abfallgebührensatzung. Hauptstreitpunkte waren das vor allem von Bürgerinnen und Bürgern aus dem Umland vorgebrachte (vermeintlich) zu hohe Mindestvolumen von 10 Litern pro Person pro Woche und die Aufteilung der Grundgebühr in einen grundstücks- und einen wohnungsbezogenen Anteil.

Das OVG urteilte, dass die Aufteilung der Grundgebühr nicht rechtens war. Auch wenn sich die Mehrheit von Rot-Grün eine andere Regelung gewünscht hatte, waren diese Vorgaben aus dem Urteil umzusetzen. Somit musste eine neue Abfallgebührensatzung erlassen werden, in der die Grundgebühr nach Ansicht des Gerichtes ausschließlich wohnungsbezogen berechnet wird.

Das Mindestvolumen von 10 Litern pro Person pro Woche sah das Gericht aber als angemessen an, sodass die Abfallsatzung, in der das Mindestvolumen geregelt wird, für rechtmäßig erklärt wurde. Im Urteil heißt es:

Für die Rechtmäßigkeit eines festgelegten Mindestbehältervolumens von 10 Litern pro Person und Woche für Restabfälle aus privaten Haushalten kommt es darauf an, ob es (deutlich) niedriger bemessen ist als das durchschnittlich anfallende Restabfallvolumen im Bereich des Einrichtungsträgers. Das Mindestbehältervolumen muss aber nicht so niedrig angesetzt werden, dass selbst ein bereits Restabfall vermeidender Nutzer/Abfallbesitzer dazu angespornt wird, eine weitere Absenkung bis auf die geringste, ohne illegale Abfallentsorgung noch verbleibende Restabfallmenge anzustreben.

Da die durchschnittliche Restmüllmenge im Umland bei etwa 14 Litern pro Person und Woche liegt, wurde die Mindestmenge von 10 Litern vom Gericht als rechtmäßig angesehen.

Dies hat nun für die Bewohner im Umland, die weiterhin über Müllsäcke entsorgen, wobei ggf. weniger als 10 Liter pro Person und Woche anfallen, zur Folge, dass am Ende des Jahres Müllsackvolumen (Müllsäcke) übrig ist. Da ein gleich zu behandelnder (laut Urteil) Tonnennutzer nicht genutztes Volumen am Ende des Jahres auch nicht zurückgeben kann, bleiben dann bei Müllsacknutzern am Ende des Jahres Säcke übrig, wenn zu Beginn des Jahres das gesamte Kontingent abgeholt wurde.

Die Änderung bei der Grundgebühr führt wiederum wie schon 2014 zu einer Umverteilung von Gebühren, sodass einige weniger und andere künftig ab 2015 mehr zahlen müssen. Das Gesamtgebührenaufkommen bleibt allerdings gleich. Belastet werden durch diese neue Regelung vor allem die Bewohner größerer Wohnanlagen, die SPD und Grüne durch die eigentlich von ihnen gewollte Aufteilung der Grundgebühr vor allzu großen Gebührensteigerungen schützen wollten. Das Gericht hat aber anders entschieden.

Die Leistung von aha, nämlich den Müll bei der Bürgerin/dem Bürger zu entsorgen, ist nun für alle Bürgerinnen und Bürger in der Region Hannover – egal ob in der Stadt Hannover oder im Umland wohnhaft – gleich; die Gebühren dazu vereinheitlicht. Ein Liter Müll ist für einen Hannoveraner genauso teuer wie für einen Bewohner im Umland, vollkommen egal, ob der Müll über einen festen Behälter (Mülltonne/Container) oder einen flexiblen Behälter wie den Müllsack entsorgt wird. Dies war Vorgabe des Gerichts, um den Gleichheitsgrundsatz nicht zu verletzen.

Die Gebühr insgesamt ist allerdings als „Paket“ zu betrachten, weil ein Großteil der Kosten auf Wertstoffhöfen etc. anfällt, die weiterhin kostenfrei besucht werden können. Ein Herausbrechen von einem Teilaspekt, z.B. die Verringerung des Mindestvolumen, wird zur Folge haben müssen, dass künftig die dadurch nicht erzielten Gebühreneinnahmen anderweitig, z.B. durch Gebühren auf Wertstoffhöfen, erzielt werden müssen.

Uns als SPD-Fraktion ist durchaus bewusst, dass wir mit der Festsetzung der Mindestmenge von 10 Litern pro Person pro Woche nicht auf Gegenliebe stoßen. Da allerdings die Müllmenge im bisherigen Sackabfuhrgebiet durchschnittlich etwa 14 Liter pro Person pro Woche betrug, halten wir genau wie das Oberverwaltungsgericht diese Mindestfestsetzung durchaus für akzeptabel. Andere Entsorger in anderen Landkreisen haben z.B. ein Mindestvolumen von 15 Litern oder mehr festgesetzt.

Die einfachste Alternative wäre sicherlich die Umstellung auf die Tonnenabfuhr im gesamten Regionsgebiet gewesen. Damit hätten wir sofort die vom Gericht angemahnte Vereinheitlichung der Abfuhr und der Gebühren umsetzen können. Wir haben uns dagegen entschieden, um den Bürgerinnen und Bürgern im Umland die Entscheidungsmöglichkeit für Säcke oder für Tonnen zu geben, und somit die generelle Umstellung auf Tonnenabfuhr genau wie die Einführung von Gebühren auf Wertstoffhöfen abgelehnt. Dabei ist nun leider ein zugegeben kompliziertes System entstanden, weil jetzt alle für dieselbe Müllmenge dasselbe - unabhängig von Sack oder Tonne - zahlen, dies aber bei der Umsetzung bei der Sackabfuhr erhebliche Komplikationen z.B. durch das Gutscheinsystem mit sich bringt. Aber auch an der Vereinfachung dieses Systems werden wir arbeiten. Eine Voll-Umstellung auf Tonnen im gesamten Regionsgebiet würde allerdings nochmals eine Gebührensteigerung zur Folge haben, da die Tonnenabfuhr wegen der längeren Ladezeit strukturell teurer ist, auch wenn die Wege für die Fahrzeuge im Umland länger sind.

Die SPD-Regionsfraktion wird alle bisher angesprochenen Punkte in der Fraktion und dem angekündigten Expertenhearing mit Bürgerbeteiligung nochmals diskutieren und ggf. neu bewerten. Dazu gehört sicherlich die Mindestmenge, ein Chipsystem oder das Verfahren für die Wertgutscheine für die Restmüllsäcke. Ob es allerdings zu einer Verringerung der Mindestmenge kommen wird oder zu erneuten Veränderungen bei der Gebühr für größere Wohneinheiten führen wird, kann derzeit weder zugesagt noch ausgeschlossen werden. Fest steht jedenfalls, dass alle neuen Veränderungen wiederum große Auswirkungen auf die Gesamtkalkulation der Gebühren (ggf. auch auf die Kosten bei Wertstoffhöfen) haben werden. Jede „Verbesserung“ einer Benutzergruppe durch Änderung der Satzungen zieht „Verschlechterungen“ für andere Benutzergruppen nach sich, weil der Gebührenhaushalt ein geschlossener Kreislauf ist.

Der Kampf um die **kommunale Wertstofftonne und den Gelben Sack** ist ein Dauerbrenner. Mit ganzem Einsatz der kommunalen Entsorger, Gewerkschaften und der Regionspolitik ist es bisher gelungen, eine „Rosinenpickerei“ der Privaten zu verhindern. Es kann in einer auf Solidarität aufgebauten Gesellschaft nicht sein, dass Gewinnmöglichkeiten privatisiert werden und Verlustgeschäfte den Kommunen verbleiben.

Für die Region Hannover wird die kommunale Wertstofftonne als freiwilliges Angebot als **O-Tonne** für das gesamte Regionsgebiet umgesetzt. Somit hat jeder Bürger und jede Bürgerin jetzt die Möglichkeit, wieder verwertbare Materialien wie Elektrokleingeräte, Kunststoffe oder Textilien in der O-Tonne zu sammeln und im vier-wöchentlichen Rhythmus abfahren zu lassen.

Bei der Entsorgung des **Gelben Sackes** konnte verhindert werden, dass künftig erstmals nach 20 Jahren die Verkaufsverpackungen im Gelben Sack ein privater Entsorger abholt. Das für die Entsorgung bundesweit verantwortliche private Entsorgungssystem „Duales System Deutschland“ hat letztendlich die Aufträge für die kommenden Jahre in beiden Abfuhrgebieten (Stadt Hannover und Umland Hannover) wieder an aha erteilt, nachdem der private Anbieter feststellen musste, dass aha als kommunaler Entsorger das Einsammeln der Verkaufsverpackungen kostengünstiger anbieten konnte, obwohl aha Tariflöhne zahlt.

Das **Netz der Wertstoffhöfe** ist mit Eröffnung des Wertstoffhofes für Langenhagen / Isernhagen/ Burgwedel / Wedemark im Gewerbegebiet Bissendorf im Januar 2014 komplett. Mit 21 Wertstoffhöfen ist die Region so gut aufgestellt wie kaum eine andere Region in Deutschland. In Zukunft wird es nur noch um Verbesserungen der bestehenden Wertstoffhöfe gehen. Obwohl die Kosten der Wertstoffhöfe und Grüngutannahmestellen viele Kosten verursacht, soll es nach Ansicht von Rot-Grün in der Regionsversammlung die Anlieferung auf den Wertstoffhöfen auch weiterhin bis zu einer gewissen Menge kostenfrei für die Bürgerinnen und Bürger bleiben. Die Kosten dafür werden solidarisch von allen Bürgerinnen und Bürgern durch das neue Grundgebührensysteem getragen. Ohne diesen Beschluss zur Grund- und Mindestgebühr, wäre der Bestand der Wertstoffhöfe und Grüngutannahmestellen in der Region Hannover stark gefährdet gewesen.

Damit schließt sich wieder der Kreis und es wird klar, dass eine verantwortungsvolle Abfallpolitik nur mit einer rot – grünen Mehrheit in der Region Hannover möglich ist.

AG Feuerschutz, Rettungswesen und allgemeine Ordnungsangelegenheiten

Mitglieder: Jürgen Buchholz (Ausschussmitglied/Sprecher), Anke Drude, Sascha Glade (Ausschussvorsitzender), Detlev Herzig, Bodo Messerschmidt, Karlheinz Mönkeberg, (Ausschussmitglied/stellv. Sprecher), Angelika Walther (Ausschussmitglied), Elke Zach

Sachkundiger Einwohner: Bernd Stühmann

Themenkatalog:

- Feuerschutz
- Förderung des Katastrophenschutzes
- Krankentransport und Rettungswesen
- Allgemeine und besondere Ordnungsangelegenheiten und Gewerbeaufsichtsangelegenheiten im eigenen Wirkungskreis entsprechend § 47 (1) Ziffer 5. RegionsG

Eine Übersicht weiterer Themen, mit denen wir uns beschäftigen:

- Gemeinsame Leitstelle von Region und LHH (RLS)
- Besondere Belastungen im Katastrophenschutz
- Heimaufsicht
- GPS - die Einführung und die damit verbundenen grundsätzlichen (System-)Änderungen, vor allem in der gemeinsamen Regionsleitstelle begleiten und unterstützen
- Asyl- und Ausländerrecht in der Region
- Besichtigung von Rettungswachen und Dialog mit den Konzessionären
- Wasserrettung am Steinhuder Meer
- Besondere Belastungen der Feuerwehren an der A2 / Ausarbeitung von Novellierungsvorschlägen im Rettungsdienst, Feuerschutz- bzw. KFZ-Steuer als zusätzliche „Einnahmequelle“ der Feuerwehren
- Beschäftigung mit aktuellen tierbezogenen Problemfeldern

Rückblick 2011-2014

Wir kümmern uns – auch vor Ort –, wir sind stets ansprechbar und suchen das Gespräch. Mit den Feuerwehrkameraden in Springe wurden Schwierigkeiten der Alarmierung diskutiert. Die AG FRO besuchte die Feuerwehr in Lehrte und in Springe. Vor Ort wurde über die jetzigen Regelungen und Probleme der freiwilligen Feuerwehren gesprochen.

Alle Gesprächsteilnehmer/innen betonten, dass sie sich dafür einsetzen werden, die gute bisherige Arbeit fortführen zu können. Wir werden das aktiv begleiten.

Wir führten verschiedene Gespräche mit Mitgliedern des Organisations- und Personalausschusses der Stadt Hannover, mit dem Ziel einer Zusammenlegung der gemeinsamen Leitstelle unter einer Führung zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dieses Ziel wurde zum 01.01.2014 erreicht.

Die Vergabe und Neuordnung des Rettungsdienstes zum 01.01.2013 ist erfolgreich gestartet. Wir sind sehr zufrieden mit der Entwicklung und sagen an dieser Stelle noch einmal herzlichen Dank an die Rettungsdienstorganisationen in der Region.

Als Ergänzung zum Angebot der Landeshauptstadt haben wir im Jahr 2014 beantragt, eine eigene Migrationsberatung für Neuzugewanderte einzurichten, mit dem Ziel mehr Menschen zu erreichen und Ihnen den Zugang in die Gesellschaft zu erleichtern.

Wir haben die 6. Verordnung zur Änderung der Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für den Gelegenheitsverkehr mit Taxen in der Region Hannover (mit Ausnahme des Gebietes der Landeshauptstadt Hannover) zu moderaten Gebühren auf den Weg gebracht.

Ausblick 2015

Für 2015 wünschen wir uns eine weitere Konsolidierung im Rettungsdienstwesen der Region zum Wohle der betroffenen Bürgerinnen und Bürger und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ein Schwerpunkt für 2015 wird die Begleitung der Vorbereitung für die flächendeckende Einführung des Digitalfunks sein. Wir werden die Planungen der neuen FTZ in Neustadt konstruktiv begleiten.

Mit der Situation der Mietwagenbranche wollen wir uns auseinandersetzen. Wir werden das Gespräch mit den Rettungsdienstorganisationen suchen, um über die Erfahrungen nach dem neuen Konzessionsmodell zu sprechen.

In Vor-Ort-Gesprächen und einem runden Tischgespräch mit den Feuerwehren und anderen Rettungsdienstorganisationen wollen wir folgende thematische Schwerpunkte setzen: Unfallrettung, allgemeine Rettungsdienstleistung, Fehlalarmierung sowie die Zusammenarbeit aller beteiligten Organisationen.

AG Gleichstellung, Integration und demografischer Wandel

Mitglieder: Cornelia Busch (Ausschussmitglied/Sprecherin), Anke Drude, Daniela Grunwald-Galler, Angela Klingspohn (Ausschussmitglied/stellv. Ausschussvorsitzende), Horst Knoke, Karlheinz Mönkeberg, Stefan Müller (Ausschussmitglied/stellv. Sprecher), Christina Schlicker, (Ausschussmitglied)

Sachkundige Einwohnerin: Gitta Bührich

Der Gleichstellungsausschuss beschäftigt sich mit Angelegenheiten zur Gleichstellung von Frauen und Männern sowie Mädchen und Jungen und der Emanzipation und Akzeptanz von Lesben und Schwulen.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist dabei unser durchgängiges Leitprinzip und soll bei allen politischen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen in der Regionsverwaltung in ihren Bereichen gefördert werden. Um dieses sicherzustellen, haben wir uns - gemeinsam mit unserem Koalitionspartner- dafür eingesetzt, dass die Stelle einer Genderbeauftragten geschaffen wurde.

Weitere thematische Schwerpunkte der AG sind Maßnahmen gegen häusliche Gewalt, für die Gesundheitsförderung von Frauen sowie für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das bestehende Netzwerk aus Beratungsstellen in der Region Hannover ist uns dabei ein wichtiges Anliegen.

So haben wir im Jahr 2014 der Frauenberatungsstelle in Laatzen, Donna Clara, zu größeren Räumlichkeiten verholfen, damit die Angebote noch umfangreicher stattfinden können.

Das Frauenhaus Hannover wurde von uns beim Ausbau mit barrierefreien Plätzen unterstützt. So ist es nun möglich, dass Frauen mit Beeinträchtigungen oder mit beeinträchtigten Kindern, Schutz im Frauenhaus bekommen.

Für unsere Arbeit in 2015 haben wir uns vorgenommen, dass es eine flächendeckende Versorgung von Frauenberatungsstellen in der Region gibt.

Von herausragender Bedeutung für die Zukunft unserer Gesellschaft ist das Gelingen der Integration von Eingewanderten. Angst und Unsicherheit dürfen dabei nicht ausgeblendet werden. Wir wollen gleiche Chancen für alle Menschen, die auf Dauer in der Region Hannover leben, unabhängig von Herkunft und Religion. Integration braucht aber auch neue Ideen und aktives Engagement, sie fordert Zugewanderte ebenso wie die Aufnahmegesellschaft, denn Chancen geben und Chancen nutzen gehören zusammen.

Im Jahr 2013 haben wir zur Verbesserung der Partizipation und Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund und zur Stärkung der interkulturellen Öffnung der Region Hannover die Erstellung eines Integrationskonzeptes, das im Rahmen eines partizipatorischen Verfahrens erarbeitet wird, auf den Weg gebracht.

Im Fonds „Miteinander – Gemeinsam für Integration“ stellen wir jedes Jahr eine Summe von 150.000,- Euro zur Verfügung. Diese Projektförderung soll das Miteinander von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in allen Lebensbereichen in der Region Hannover unterstützen.

AG Kinder- und Jugend

Mitglieder: Rudolf Alker, (Ausschussvorsitzender), Cornelia Busch, Sascha Glade (Ausschussmitglied bis 03/2015), Daniela Grunwald-Galler (Ausschussmitglied / stellv. Sprecherin), Dr. Dirk Härdrich, (Ausschussmitglied / Sprecher), Paul Krause (bis 03/2015), Christina Schlicker, Frank Straßburger
Sachkundige/r Einwohner/innen: Michela Bräuer-Pape, Werner Bürgel, Friederike Emmelius

In dieser Periode hat die AG verschiedene neue Arbeitsfelder bearbeitet. So lag insbesondere in den ersten zwei Jahren das Augenmerk auf der immer stärker zu beobachtenden Computer- und Internetsucht. Neben Gesprächen und Fachworkshops zu diesem Thema, unterstützte die AG auch das Ansinnen, spezialisierte Fachstellen zu fördern und zu unterstützen.

Das Hauptaugenmerk liegt im weiteren Ausbau präventiver Angebote. Nur so ist es möglich, zu erreichen, dass Kinder, Jugendliche und ihre Familien frühzeitig Unterstützung und Hilfe bekommen und damit Fehlentwicklungen vermieden oder so früh wie möglich erkannt werden.

Das Förderprogramm zur Unterstützung der Sprachentwicklung von Kindern im Kindergarten hat sich als ausgesprochen wertvoll und hilfreich erwiesen. Dabei werden einerseits direkt Sprachunterstützungen für betroffene Kinder gefördert (wobei es nicht nur Kinder mit Migrationshintergrund, sondern auch deutsche Kinder aus sozial benachteiligten Familien sind, die Sprachförderbedarf haben), andererseits Fachkräfte in den Kitas geschult, so dass sie im Alltag der Einrichtungen direkte Unterstützung leisten können. Dieses Programm wurde auf unsere Initiative nicht nur zu einer Dauereinrichtung, sondern in seinem finanziellen Volumen auch entsprechend aufgestockt.

Nach einem Gespräch in einer Kita in Garbsen mit dem Schwerpunkt Inklusion, veranstaltete die AG Kinder und Jugend im Herbst des Jahres 2014 ein Werkstattgespräch mit Kitaleitungen aus Einrichtungen der Stadt und aus dem Umland mit dem Ziel, von den Betroffenen zu hören, welcher Unterstützungsbedarf durch die Region vorhanden ist.

Genannt wurden z.B. verstärkte Fachberatung durch die Region, Unterstützung bei besonderen Aufgaben, wie der musikalischen Früherziehung oder der Bewegungserziehung sowie Unterstützung in der Umsetzung der Inklusion. Auch wurde beklagt, dass der Verwaltungsaufwand in einer Kita immer größer werde und zu Lasten pädagogischer Arbeit gehe.

Aber auch die Erweiterung der Bauförderrichtlinie wurde angesprochen, um eben nicht nur Aus- und Erweiterungsbauten fördern zu können, sondern auch qualitative Verbesserungen (z.B. Lärmschutz) in bestehenden Einrichtungen vornehmen zu können.

Als Ergebnis dieses Werkstattgesprächs verabschiedete die Regionsversammlung auf Antrag der AG und damit der SPD-Fraktion eine „Qualitätsoffensive Kita“, in die auch die Sprachförderung integriert wird. Damit soll den Kitas vor Ort an besonderen Punkten eine Unterstützung durch die Region gewährt werden.

Zusammen mit dem Regionsjugendring wird derzeit an einem „Pilotprojekt“ zur Umsetzung der Inklusion in der Jugendarbeit, vor allem bei Fahrten und Aktivitäten des Regionsjugendrings, gearbeitet.

Eine immer wiederkehrende Aufgabe, die sich die AG gesetzt hat, ist die Diskussion um Ziele und Kennzahlen im Haushalt der Region, damit die Leistungen in der Jugendhilfe nachvollziehbar und transparent gestalten werden können. Vor allem bei den Beratungsstellen entzündete sich die Diskussion immer wieder daran, dass z.B. bei der Bewilligung von Zuschussanträgen die Verwaltung nicht in der Lage war, die Frage nach den Bedarfen zu beantworten. Durch den dauernden Nachfragedruck der SPD ist es im Bereich der Familien- und Erziehungsberatungsstellen jetzt gelungen, dass die Verwaltung mit einer Vorlage sowohl Ziele als auch Messzahlen vorlegt. Zusätzlich ist sie mit den Beratungsstellen der freien Träger in einen Dialog über gemeinsame Standards eingetreten. Die Folge wird eine Ausweitung auch der Beratungskapazitäten sein. Da damit unser grundsätzlicher Ansatz präventiver Arbeit unterstützt wird, halten wir dieses aber für gerechtfertigt.

AG Qualifizierung und berufliche Bildung

Mitglieder: Rudolf Alker (Ausschussmitglied), Klaus Brauer (Ausschussmitglied/stellv. Sprecher), Cornelia Busch (Ausschussmitglied), Silke Gardlo, Dr. Dirk Härdrich, Horst Knoke, Frank Muhlert (Ausschussmitglied), Ernesto Nebot Pomar, Petra Rudszuck, Christina Schlicker, Andreas Strauch, (stellv. Ausschussvorsitzender/Sprecher), Ulrike Thiele (Ausschussmitglied)

Sachkundige Einwohner: Reiner Eifler, Burkhard Teuber

Für die SPD-Regionsfraktion ist die drastische Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit in der Region Hannover bis 2016 eines der wichtigsten Ziele.

Auf dem Weg dahin hat die Region auf unsere gemeinsame Initiative mit unserem Koalitionspartner das Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit aufgelegt. Zehn Millionen Euro werden dafür zusätzlich von der Region zur Verfügung gestellt.

Die Planungsarbeiten der Verwaltung werden von der SPD-Regionsfraktion begleitet. Da das Programm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit fachbereichs- und dezernatsübergreifend ist, wurde auf Antrag der SPD-Regionsfraktion ein eigenständiger Ausschuss der Regionsversammlung zur Bearbeitung des Themas eingerichtet. Die AG Qualifizierung und Berufliche Bildung begleitet intensiv den Ausschuss für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit der Regionsversammlung. Der gleichnamige Arbeitskreis der Fraktion ging in diese AG auf.

Ein Handlungsfeld ist zentral: Über 80 Prozent der unter 25-Jährigen, die vom Jobcenter betreut werden, haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Vor diesem Hintergrund ist es zwingend, auch präventiv anzusetzen und den Weg in Ausbildung und Beschäftigung zu unterstützen. Wir brauchen systematische Übergänge von der Schule in die Ausbildung und von der Ausbildung in den Beruf. Dazu ist in der Region ein System der Begleitung und des Kümmerns für die Jugendlichen notwendig.

Projekte, die Schulabbrüche verhindern, helfen genauso wie Ausbildungslotsen und die Pro-Aktiv-Centren (PACE), die Jugendliche in schwierigen Lagen unterstützen.

Notwendig ist besonders eine intensive Berufsorientierung in den Schulen. Hierbei sind auch Unternehmen zur größeren Unterstützung durch Praktika gefordert. Seit 2014 kommen im Rahmen eines zweijährigen Pilotprojektes an 17 allgemeinbildenden Schulen Ausbildungslotsen zum Einsatz, die die Schülerinnen und Schüler im Übergang von der Schule in die Ausbildung begleiten.

Positiv sind zudem Kooperationen von berufs- und allgemeinbildenden Schulen. Notwendig sind auch Projekte zur Förderung von Betrieben, die Jugendliche mit Unterstützungsbedarf ausbilden und qualifizieren.

Hilfreich sind auch Jugendberufsagenturen, die Angebote der Agentur für Arbeit, des JobCenters und der Jugendhilfe für unter 25-Jährige unter einem Dach vorhalten. Im Juli 2015 wird die erste Jugendberufsagentur in Garbsen eingerichtet. Weitere in Neustadt und Hannover sollen folgen.

In den kommenden Jahren muss es darum gehen, Projekte wie Ausbildungslotsen und Jugendberufsagenturen regionsweit zu entwickeln.

Darüber hinaus ist auch ein stabiles und gutes Netzwerk mit den Partnern der Region notwendig: Den berufs- und allgemeinbildenden Schulen, Unternehmen, Kammern, Innungen, Gewerkschaften, Jobcenter und Agentur für Arbeit sowie den Kommunen. Die Region Hannover übernimmt dabei eine

starke koordinierende, moderierende und impulsgebende Rolle. Dazu ist in der Region der Bildungsbeirat etabliert worden.

Die Rahmensetzung hängt allerdings auch vom hinreichenden Engagement der Partner ab. Kürzungen durch den Bund für Maßnahmen der Agentur für Arbeit und des Jobcenters sind kontraproduktiv. Betriebe und Unternehmen sind zudem gefordert, ihrer Verantwortung nachzukommen und Ausbildungsplätze vorzuhalten.

Die Ziele sind die Stärkung der dualen Ausbildung, die Fachkräftesicherung und der konsequente Abbau der Jugendarbeitslosigkeit. Es geht um die persönlichen und beruflichen Perspektiven von jungen Menschen hier bei uns in der Region.

AG Regionalplanung, Naherholung, Metropolregion und Europaangelegenheiten

Mitglieder: Klaus Brauer, Jürgen Buchholz (Ausschussmitglied), Cornelia Busch, Dr. Dirk Härdrich, (Ausschussmitglied/stellv. Sprecher), Henning Harter (Ausschussmitglied), Detlev Herzig (Ausschussmitglied/Sprecher), Angela Klingspohn, Kerstin Liebelt (Ausschussvorsitzende), Ernesto Nebot Pomar, Andreas Strauch, (stellv. Ausschussvorsitzender), Wolfgang Toboldt, Holger Wegener (Ausschussmitglied)

In der Region Hannover blicken wir auf mehr als 50 Jahre erfolgreiche, von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gestaltete Regionalplanung zurück. Regionalplanung ist zwar eine gesetzliche Pflichtaufgabe, die kommunale Ausgestaltung bietet gleichwohl erheblichen Spielraum. Die vor Jahrzehnten getroffenen Entscheidungen, Mittel- und Grundzentren und dörfliche Siedlungskerne zu stärken und die Entwicklung an den Achsen des Nahverkehrs auszurichten, wirken bis heute nach und haben sich nachhaltig bewährt.

Diese Grundideen entwickeln wir mit dem Ziel der klimaneutralen Region fort. Im Aufstellungsprozess für das neue Regionale Raumordnungsprogramm haben wir Einwohnerinnen und Einwohner in einem bisher einmaligen Kommunikationsvorhaben beteiligt. Dieser Aufstellungsprozess tritt nun mit der Veröffentlichung des Entwurfs und der Beteiligung der Kommunen und Träger öffentlicher Belange in die Schlussphase ein. Wir wollen bis zum Ende dieser Kommunalwahlperiode den Prozess abschließen, so dass dann für zehn Jahre wieder Planungsklarheit besteht. Zu den schwierigsten Punkten in der Diskussion gehören die Ausweisung weiterer Schwerpunktgebiete für Windenergieanlagen und die Siedlungsentwicklung, ohne ständig neue Flächen in Anspruch zu nehmen. Einerseits braucht ein Wirtschaftsstandort im Herzen Europas Flächen für Wohnen, Arbeit und Verkehr, gleichzeitig aber auch für Landwirtschaft und Sport und ebenso Rückzugs- und Erholungsgebiete für Menschen, Tiere und seltene Pflanzen.

Sparsamer Umgang mit Wandlung von Fläche, die eine konstante Größe ist, muss mit dem Ziel der besseren Lebensqualität in Einklang gebracht werden. Gleichzeitig nehmen die Widerstände von Initiativen mit der Aussage "Veränderung ja, aber nicht bei uns!" zu.

Die Möglichkeit der Naherholung ist ein wesentlicher Standortfaktor der Region Hannover im Werben als Zukunftsstandort. Die Lage der Region Hannover am Übergang vom Mittelgebirge zur Moorgeest bietet hier eine Vielfalt, die es zu erhalten und insbesondere für den Fahrradtourismus zu erschließen gilt. Wir bringen die verschiedenen Ansprüche in Einklang, sei es z.B. beim Mountainbiking im Deister oder rund um das Steinhuder Meer. Die Förderung der „Highlights“ Zoo und Herrenhäuser Gärten bleibt unverändert, wo Einrichtungen in die Jahre gekommen sind, sorgen wir für eine Grunderneuerung. Damit nicht nur die finanzstarken Kommunen gefördert werden, weil die anderen die kommunale Gegenfinanzierung nicht aufbringen können, haben wir die Förderquoten verändert und unterstützen die Schwerpunktbildung.

Die Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg hat sich schwerpunktmäßig dem Thema Elektromobilität bei Automobilen zugewandt. Die Vernetzung von Wissenschaft, Industrie und Handwerk sehen wir inzwischen eher als Aufgabe des Landes, die Region soll sich aber weiterhin einbringen. Wir wollen die Zusammenarbeit mit den Landkreisen des so genannten "zweiten Rings", wie Schaumburg, Celle oder Hildesheim voran bringen, wo inzwischen vielfältige Verflechtungen bestehen.

Die Europaförderung hat sich mit Beginn der neuen Förderperiode erheblich verändert. Die Region ist hier gut aufgestellt. Sie unterstützt die Mitgliedskommunen und Einzelantragsteller beim Zugriff auf europäische Förderung. Wir bringen das Ziel der Region voran, sich als eine in Europa als Richtungsweisende kommunale Körperschaft darzustellen.

AG Schule, Kultur und Sport

Mitglieder: Rudolf Alker, Cornelia Busch (Ausschussmitglied/stellv. Sprecherin), Anke Drude, Henning Harter (Ausschussmitglied), Dr. Dirk Härdrich, Paul Krause, Kerstin Liebelt (Ausschussvorsitzende), Christina Schlicker (Ausschussmitglied), Frank Straßburger, Andreas Strauch, Ulrike Thiele (Ausschussmitglied/Sprecherin), Elke Zach (Ausschussmitglied)

Sachkundige Einwohner: Wolfgang Dorn, Roland Krumlin

Zum Bereich Schule gehören in der Region Hannover die Förderschulen Sprache, Sehen, Hören, geistige Entwicklung und emotionale Entwicklung, die Berufsschulen, Fortbildungseinrichtungen, Schullandheime, Schülerbeförderung und das Medienzentrum. Eine Zahl dazu: Im Verwaltungshaushalt 2015 stehen mehr als 70.000.000 € im Bereich Schulen zur Verfügung. Diese Mittel für die Bildung sind gut investiert. Dazu kommen die Gelder, die wir jedes Jahr im Vermögenshaushalt für die Sanierung bzw. den barrierefreien Zugang zu den Schulgebäuden zur Verfügung stellen.

In der Arbeitsgruppe der Fraktion haben wir uns mit dem Thema Inklusion beschäftigt, denn auch die Förderschulen in Trägerschaft der Region Hannover werden sich verändern. Die SPD hat sich immer für die schwächsten Schülerinnen und Schüler eingesetzt. Für uns stand die optimale Förderung der Kinder immer im Mittelpunkt. Deshalb haben wir in der Vergangenheit immer Kooperations- und Integrationsklassen unterstützt. Es war uns wichtig, dass die Eltern und ihre Kinder den für sie richtigen Lebensweg wählen können. Ein inklusives Bildungssystem wird die zentrale Herausforderung der nächsten Jahre sein. Denn nur wenn wir es schaffen, die Kinder gemeinsam zu unterrichten, gehen wir einen Schritt auf die inklusive Gesellschaft zu. In der Region Hannover setzt sich die SPD-Fraktion für diesen Weg ein. Hier muss auch über schulträgerübergreifende Konzepte nachgedacht werden.

Gleich nach der Regionsbildung sind die Berufsbildenden Schulen neu geordnet worden. Es ist gelungen, die Schulen zu branchenorientierten Kompetenzzentren weiter zu entwickeln. Hier werden überwiegend verwandte Bildungsgänge unterrichtet. So ist eine qualifizierte Ausbildung an unseren Schulen möglich. Doch eine Schulentwicklung ist nie abgeschlossen. Wir werden immer wieder über neue Bildungsgänge, sinkende Schülerzahlen, Veränderungen auf dem Ausbildungsstellenmarkt und Konzepte der Zusammenarbeit von allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen diskutieren. Schon 2013 war deutlich, dass wir eine erneute Fortschreibung des Berufsschulkonzeptes diskutieren und beschließen müssen. Im Sommer 2013 haben wir dann die Rahmenbedingungen für das neue Konzept diskutiert und beschlossen. Nachdem die Ergebnisse im Dezember 2013 von der Arbeitsgruppe, die dafür gebildet wurde, vorgelegt wurden, hat die Regionsversammlung im März 2014 die Fortschreibung des Berufsschulkonzeptes – Zielvereinbarung 2020 – beschlossen. In Arbeitsgruppen wurde an den strittigen Punkten der Zielvereinbarung weiter gearbeitet. Die Ergebnisse werden am 21. April 2015 im Schulausschuss vorgestellt. Uns ist dabei immer wichtig, dass unsere Berufsschulen leistungsstark bleiben und somit die Chancen auf einen guten Berufsweg für die Jugendlichen gesichert und erhöht werden. Nur so bekommen junge Menschen einen Arbeitsplatz.

Der Kultursommer, der Atelierspaziergang, Ausstellungen im Regionshaus oder Kultur im Schloss sind Aufgabenfelder der Region, die wir immer unterstützt haben. 2005 kam nach der Auflösung der Bezirksregierung noch die regionale Kulturförderung des Landes Niedersachsen hinzu. Darüber

hinaus sind Förderungen wie zum Beispiel für das Junge Schauspielhaus, kulturelle Bildung, Theaterpädagogische Kooperationen und Spielplanförderung anzuführen.

Ein Schwerpunkt im Kulturbereich ist die Mahn- und Gedenkstätte Ahlem. Hier hat die Region eine besondere Verantwortung. Es ist ein Ort der Erinnerung an das Schicksal vieler jüdischer Bürgerinnen und Bürger. Wir haben in den vergangenen Jahren die Neukonzeption der Mahn- und Gedenkstätte initiiert, intensiv diskutiert und begleitet die Umsetzung des neuen Konzeptes. Jetzt ist die neue Gedenkstätte im ehemaligen Direktorenhaus eingeweiht. Hier ist eine besondere Mahn- und Gedenkstätte entstanden: Eine Gartenbauschule, die für das Leben in Israel ausgebildet hat, ein Ort des Grauens im 2. Weltkrieg und nun wieder eine Gartenbauschule. Ein Besuch lohnt sich!

Der Sport, d.h. Regionssportbund und der Stadtsportbund werden von der Region mit 255.200,- € unterstützt. Damit ist eine zielgerichtete Bezuschussung der örtlichen Sportorganisationen möglich. In unseren jährlichen Sportgesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der Sportbünde ist es Tradition, die Situation in der Region zu erörtern, Probleme aufzugreifen und soweit uns möglich Hilfestellung zu leisten.

AG Soziales, Wohnungswesen und Gesundheit

Mitglieder: Klaus Brauer, Sascha Glade, Daniela Grunwald-Galler, Angela Klingspohn, (Ausschussmitglied), Horst Knoke (Ausschussmitglied / stellv. Sprecher), Paul Krause, Bodo Messerschmidt (Ausschussmitglied), Frank Muhlert (Ausschussmitglied), Christina Schlicker, Frank Straßburger, Angelika Walther (Ausschussmitglied / stellv. Ausschussvorsitzende), Elke Zach (Ausschussmitglied / Sprecherin)

Sachkundige/r Einwohner/in: Sigrid Lübbers, Dirk von der Osten

Wir setzen uns auch weiterhin ein für eine gerechte und soziale Region Hannover ein, bei unserer Arbeit steht der Mensch auch weiterhin im Mittelpunkt

Das haben wir erreicht:

- Ausweitung der Pflegestützpunkte in den Regionskommunen, mit dezentralen Beratungseinheiten in den Nachbarkommunen.
- Ausbau des Sozialtickets im ÖPNV mit einer über 40% rabattierten Monatskarte.
- Sozialticket Zoo.
- Vertragliche Regelung der Zuwendungen an Träger von Beratungsstellen.
- Deutliche Verbesserungen im Bereich der Obdachlosenhilfe.
- Forum für Menschen mit Behinderung.
- Dezentrale Wohnberatung.
- Wohnungsbauförderung für bezahlbaren Wohnraum für alle Einwohnerinnen und Einwohner der Region Hannover, sowie auch den Studierenden.
- Klinikum Region Hannover auch weiterhin als öffentliche Daseinsvorsorge.
- Fertigstellung des KH Siloah Oststadt, mit modernster Technik und Versorgung für die Patientinnen und Patienten.
- Ausbau der Unterstützung im Bereich der Beratung für Flüchtlinge und Asylsuchende.
- Vereinfachung des Antragsverfahrens beim Bildungs- und Teilhabepaket (BuT).

Was ist noch zu tun:

Auch wenn wir in den letzten Jahren wieder viel erreicht haben, muss trotzdem alles immer wieder auf den Prüfstand und überdacht werden. Die Situationen verändern sich und somit müssen wir neu beraten und auch entscheiden. Die Flüchtlingshilfe wird ein zentrales Thema in den kommenden Jahren sein. In der Pflege wird sich einiges verändern müssen, auch dieser Thematik sollten wir weiterhin Beachtung schenken. Die kultursensible Alten- und Krankenpflege muss etabliert werden. Immer mehr Menschen brauchen Unterstützung durch Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen, somit gehen unsere Bestrebungen, den Trägern durch vertragliche Regelungen Sicherheit zu geben, in die richtige Richtung, auch daran müssen wir weiterhin arbeiten. Menschen mit Behinderungen und Einschränkungen bedürfen auch weiterhin unserer Aufmerksamkeit.

AG Umwelt und Klimaschutz

Mitglieder: Rudolf Alker, Klaus Brauer, Jürgen Buchholz, Anke Drude (Ausschussmitglied/stellv. Sprecherin), Detlev Herzig, Angela Klingspohn (Ausschussmitglied), Kerstin Liebelt (Ausschussmitglied), Walter Richter (Ausschussmitglied), Christina Schlicker, Frank Straßburger (Ausschussmitglied/Sprecher), Ulrike Thiele, Holger Wegener (Ausschussmitglied/stellv. AG-Sprecher)
Sachkundige Einwohner: Dr. Rolf Lüdeling, Volkhard Knapp

Klimaschutzregion Hannover

Die Handlungsfelder des Klimaschutzrahmenprogramms mit Blick auf die Entwicklung der Klimaschutzziele bis zu einer klimaneutralen Region werden weiter entwickelt.

Folgende Punkte aus dem Koalitionsvertrag haben wir bereits umgesetzt:

- Beitritt zum kommunalen Bündnis für biologische Vielfalt
- Die Einrichtung einer Klimaschutzleitstelle in der Verwaltung der Region Hannover
- Neukonzipierung der Klimaschutzförderung mit der Richtlinie über die finanzielle Förderung regional bedeutsamer Projekte und Vorhaben im Bereich Klimaschutz in der Region Hannover
- Mit dem Beschluss der Drucksache „100% Klimaschutz“ und dem Zuwendungsbescheid zur Durchführung des Projekts im Rahmen der Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums haben wir den ersten großen Schritt auf dem Weg zu einer klimaneutralen Region Hannover gemacht.
- Einrichtung des Servicepoint „Klimaschutzregion Hannover“ als zentrale Anlaufstelle für niedrigschwellige Beratungen in Sachen Klimaschutz in der Innenstadt von Hannover.

Die Teilnahme der Region Hannover am bundesweiten Pilotprojekt - Masterplan – 100 % Klimaschutz haben wir maßgeblich unterstützt. In dem zu erarbeiteten Konzept soll dargestellt werden, wie bis 2050 95% der Treibhausgasemissionen und 50% Energie bezogen auf 1990 eingespart werden können.

Das integrierte Klimaschutzkonzept für die Verwaltung der Region Hannover ist die zukünftige Grundlage für die Klimaschutzarbeit in der Region Hannover und wurde mit unserer Unterstützung entwickelt.

Die Sanierungsplanung der Fulgurit-Asbestzementschlammhalde in Wunstorf-Luthe steht nach mehrjähriger kontrovers geführter Diskussion vor dem Abschluss. Die Region Hannover wird die Sanierung der Halde vor Ort auf eigene Kosten durchführen.

Die Sanierung der Grundstücke im Umfeld des De Haen Platzes in Hannover-List (Altlast Chemische Fabrik Eugen de Haen) ist abgeschlossen. Auch hier hat sich die Region Hannover maßgeblich an den Kosten beteiligt.

Die Überarbeitung der Landschaftsschutzgebietsverordnung (Erhalt und Weiterentwicklung vorhandener Schutzgebiete) steht nach wie vor im Focus unserer Arbeit. Dazu gehört auch die Erstellung des Landschaftsrahmenplanes für die Region Hannover.

Die Weiterentwicklung der vorhandenen Naturschutzgebiete und ggf. Neuausweisungen neuer Gebiete haben dabei für uns Vorrang.

Auf unsere Initiative wurde die Verwaltung beauftragt, Strategien und Maßnahmen zur Verbesserung der Biodiversität in der Region Hannover zu entwickeln. Dafür haben wir im letzten Haushalt nicht unerhebliche Mittel bereitgestellt.

Kritisch haben wir uns mit der Förderung von Erdgas mit dem Fracking-Verfahren auseinandergesetzt (Verfassen einer interfraktionellen Resolution).

Das seit Jahren diskutierte Großprojekt „Hannoversche Moorgeest – Die Förderung von vier Hochmooren nördlich von Hannover“ befindet sich auf einem guten Weg.

Die Ausstellung zur Umweltgeschichte der Region Hannover und der Stadt Hannover von 1950 bis heute ist ein hervorragendes Beispiel zur Umweltbildung. Dank unserer Initiative konnte die Ausstellung, nachdem sie 2013 fünf Monate im Historischen Museum Hannover zu sehen war, bisher anschließend auch in Uetze, Sehnde, Lehrte und Mellendorf gezeigt werden. Schwerpunkte der Ausstellung sind die Themenbereiche Mobilität, Naturräume, Energieerzeugung und Lebensmittelkonsum.

AG Verkehr

Mitglieder: Silke Gardlo, Detlev Herzig (Ausschussmitglied/stellv. Sprecher), Ingrid König, Paul Krause, Karlheinz Mönkeberg (Ausschussmitglied/Sprecher), Stefan Müller (Ausschussmitglied) Ernesto Nebot Pomar (Ausschussmitglied), Petra Rudsuck, Frank Straßburger (Ausschussmitglied), Ulrike Thiele (stellv. Ausschussvorsitzende), Wolfgang Toboldt, Holger Wegener

sachkundige Einwohner: Gerwin Matysiak, Jürgen Mineur

Gäste: Andrea Hammann, Walter Meinhold

Mobilität für alle erhalten und ausbauen

Dieses Ziel unserer Koalitionsvereinbarung haben wir umgesetzt und wir arbeiten weiterhin daran.

Mobilität für alle bedeutet einen Nahverkehr ohne Barrieren in der gesamten Region.

Die vollständige Barrierefreiheit des ÖPNV soll laut Personenbeförderungsgesetz bis zum Jahre 2022 hergestellt sein. Ausnahmen sind jedoch zugelassen. Die Haltepunkte des SPNV werden aber bis 2022 weitestgehend barrierefrei ausgebaut sein. Im Stadtbahnnetz sind bereits 74% der Haltestellen mit Hochbahnsteigen ausgestattet, alle 19 Tunnelstationen sind inzwischen mit Aufzügen ausgestattet und somit barrierefrei erreichbar. Die Linie 7 ist bereits komplett barrierefrei zugänglich. Für den Neu- und Ausbau der Stadtbahnstrecke D-West (Projekt 10/17) wurde die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens beschlossen.

Zurzeit sind einige attraktive Projekte in der Umsetzungs- bzw. Planungsphase wie z.B. Stadtbahnverlängerung Hemmingen, Garbsen, Projekt 10/17, Verknüpfungsbahnhof H-Waldhausen. Die Stadtbahnverlängerung nach Misburg ist seit Dezember 2014 fertiggestellt.

Bei den Bussen von üstra und RegioBus wird noch in dieser Wahlperiode nahezu die vollständige Barrierefreiheit erreicht werden.

Bereits ab 2001 wurden diverse Bushaltestellen in der Region Hannover barrierefrei umgebaut.

Wir unterstützen den barrierefreien Umbau von jährlich 16 Bushaltestellen in den Kommunen des Umlandes. Den größten Teil (75 %) der Finanzierung übernimmt das Land Niedersachsen. Zukünftig soll die Maßnahmenauswahl nicht mehr linienbezogen, sondern flächenbezogen ermittelt werden. Als Zwischenziel zur Verwirklichung einer flächendeckend barrierefreien Businfrastruktur wird angestrebt, im Sinne einer Gleichbehandlung aller Kommunen, vorerst in jedem Ortsteil einer Kommune mindestens eine barrierefreie Bushaltestelle anzubieten.

Darüber hinaus unterstützt die Region Hannover auch Maßnahmen des barrierefreien Bushaltestellenumbaus, die im Zuständigkeitsbereich der Kommunen liegen. Dies kann jedoch nur geschehen, wenn die entsprechende Gegenfinanzierung der Kommunen erfolgt.

Nach dem beschlossenen VEP pro Klima erfolgt die Umstellung der üstra-Stadtbusflotte auf moderne Technologien, z.Zt. sind dies Hybridbusse. Aber auch Elektrobusse werden auf der Ringlinie 100/200 im Alltag getestet.

In der Perspektive wollen wir die klimaneutrale Region auch im Verkehrsbereich. Deshalb achten wir auf die Verbindungen zu den S- und Stadtbahnstationen für alle Verkehrsteilnehmer/innen: Buslinien als Zubringer, Radwege und P&R-Plätze. Aber auch die Unterhaltung der Kreisstraßen ist ein Beitrag zur Lebensqualität.

Das Radwegenetz mit ausgeschilderten Freizeitradwegen soll um ein gekennzeichnetes Netz von Verbindungen erweitert werden, die eine schnelle Fahrt zu und von ausgeprägten Zielen, wie Einkaufszentren und Umsteigeknoten ermöglichen.

Den Fahrplan haben wir an die veränderten Gewohnheiten der Kundinnen und Kunden angepasst. Abends und an Sonnabenden fahren die Bahnen und Busse jetzt länger im dichten Takt. Wo noch Unterschiede im Angebot innerhalb der Region bestehen, nehmen wir Anpassungen mit dem Ziel eines gleichartigen Angebots vor.

Die allgemeine Zufriedenheit mit dem Tarifsysteem soll erhöht werden, geprüft werden soll u.a. eine bessere zielgruppenorientierte Tarifgestaltung sowie eine mögliche Angleichung der Zonenpreisabstände bei Tickets und Cards.

Mittlerweile gilt der Regionaltarif zum besonders günstigen Fahrpreis von vielen Bahnhöfen aus den Landkreisen Schaumburg, Peine, Soltau-Fallingb.ostel, Celle, Nienburg/Weser, Hildesheim, Hameln-Pyrmont und Gifhorn in das Gebiet des GVH und umgekehrt.

Der Sozialtarif mit Ticket S und Monatskarte S wurde eingeführt.

Die Sonderbuslinien zur Erschließung der Tourismusziele wie Steinhuder Meer, Marienburg und des Deisters haben sich bewährt.

AG Verwaltungsreform, Finanzen, Personal und Organisation

Mitglieder:

Anke Drude (Ausschussmitglied/stellv. AG-Sprecherin), Silke Gardlo (Ausschussmitglied), Henning Harter (Ausschussmitglied), Detlev Herzig, Horst Knoke (Ausschussmitglied/AG-Sprecher), Ingrid König (Ausschussmitglied), Paul Krause (stellv. Ausschussvorsitzender), Kerstin Liebelt, Bodo Messerschmidt, Ernesto Nebot Pomar, Walter Richter, Frank Straßburger

Bericht der Arbeitsgruppe Verwaltungsreform, Finanzen, Organisation und Personal

(...) Die Koalitionsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verpflichten sich, die erfolgreiche konsequente Konsolidierungspolitik fortzusetzen und gleichzeitig die Spielräume für politische Gestaltung zu erhalten. Wir stellen eine umsichtige und transparente Finanzplanung auf, die Umsetzung der politischen Schwerpunkte kann nur durch eindeutige Prioritätensetzungen erreicht werden. Konsolidierungsvorschläge werden nicht nur unter fiskalischen Gesichtspunkten, sondern auch unter Berücksichtigung der sozial- und personalpolitische Folgen, ihren Auswirkungen auf die Umwelt und der Qualität der öffentlichen Leistungen geprüft und entschieden.

Eine nachhaltige Rot-Grüne Haushalts- und Finanzpolitik setzt sich zum Ziel, den sozialen Ausgleich zwischen den Kommunen zu verbessern, den Einwohnerinnen und Einwohnern der Region faire Lebenschancen zu eröffnen und in die Energiewende und die ökologische Transformation der Region zu investieren (...)

Diese oben genannten Leitlinien (aus den Finanzpolitische Leitlinien der Koalitionsvereinbarung) bestimm(t)en unser Handeln und stellen die Leitlinien der strategischen Finanzplanung für die Region Hannover dar.

(vgl. dazu: Zieldreieck „Konsolidierung des Regionshaushaltes, nachhaltige Regionsentwicklung (Investitionen) – Entlastung der Kommunen – Ausgleichsfunktion“)



Bildquelle: Region Hannover

Unsere Arbeitsgruppe hat in den vergangenen Jahren konstruktiv die Anstrengungen der Fachverwaltung begleitet, den gesetzten Anforderungen zu entsprechen. Mit Bedacht konnte die relativ günstige konjunkturelle Situation bzw. die daraus resultierende Einnahmesituation der Region Hannover genutzt werden, den eingeschlagenen Konsolidierungskurs fortzusetzen, ohne die erforderlichen Zukunftsinvestitionen zu vernachlässigen. Dass besondere Anstrengungen angezeigt waren, die Kapitalausstattung des Klinikum Region Hannover (KRH) zu optimieren, darf in diesem inhaltlichen Kontext nicht unerwähnt bleiben. Wir sind jedoch der Überzeugung, dass sich das Gebot der Daseinsvorsorge nicht in bloßen Lippenbekenntnissen erschöpfen darf, obgleich betriebswirtschaftliche Erfordernisse ein wesentlicher Bestandteil zu treffender Entscheidungen sind. Eingebettet in diesem Spannungsfeld ist es gelungen, das Postulat, wonach *die Konsolidierung der Finanzen der –dem Allgemeinwohl verpflichteten– regionseigenen Betriebe fortzusetzen ist*, zu gewährleisten. Diesen Weg werden wir auch in aller Konsequenz weiter verfolgen!

Grundsätzlich fühlen wir uns dem Ziel verpflichtet, gute und vergleichbare Lebensverhältnisse in der Gesamtregion zu ermöglichen. Dafür ist es erforderlich, einen Ausgleich zwischen den finanzstärkeren und -schwächeren Kommunen rechtssicher herzustellen, dies erfolgt u.a. über die Spreizung der Sätze für die so genannte Regionsumlage, um somit eine interregionale Finanzsolidarität zu bewerkstelligen. Darüber hinaus führten Umlagesenkungen zu einer weiteren Entlastung der Kommunen. Inwiefern sich weitere monetäre Forderungen der Kommunen realisieren lassen, ohne die formulierten Leitziele für die RH zu konterkarieren, bleibt zu prüfen. Das gesamtregionale Balanceverhältnis, das die berechtigten Interessen sämtlicher Akteure berücksichtigt, muss auch künftig sorgfältig austariert werden; dieser anspruchsvollen Zielsetzung fühlen wir uns verpflichtet.

AG Wirtschaft und Beschäftigung

Mitglieder: Klaus Brauer (Ausschussmitglied/Sprecher), Cornelia Busch, Silke Gardlo, Angela Klingspohn, Kerstin Liebelt, Karlheinz Mönkeberg, Ernesto Nebot Pomar (Ausschussmitglied), Walter Richter (Ausschussvorsitzender), Petra Rudsuck (Ausschussmitglied), Christiana Schlicker (Ausschussmitglied), Andreas Strauch (Ausschussmitglied/stellv. Sprecher) Frank Straßburger

Sachkundige Einwohner: Reiner Eifler, Dr. Bodo Wiechmann

Ausgangslage:

Gegenstand der Diskussionen in der Arbeitsgruppe sind einerseits die Anforderungen, die sich aus dem Wahlprogramm 2011 – 2016 der SPD Region Hannover und dem Koalitionsvertrag ergeben und andererseits die aktuellen Anforderungen einer sich wandelnden wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Gegenwartssituation.

Wirtschaftsförderung:

So ist die zielgenaue Ausrichtung der Wirtschaftsförderung in enger Abstimmung mit der Ratsfraktion ein permanenter Diskussionsgegenstand:

- Gemeinsame Vorbereitung der Aufsichtsratssitzungen von hannoverimpuls;
- Gespräche mit Dezernent/in und Geschäftsführung über die Gesamtstrategie und die Strategie einzelner Cluster.
- Diskussion des Themas „Gesundheitswirtschaft“ um zu einer zielgerichteten Strategie zu kommen. Auf Initiative der SPD-Fraktion wurden hannoverimpuls €100.000 für eine Studie zur Zuspitzung des Themas zur Verfügung gestellt. Gesundheitswirtschaft kann für die Region aufgrund der vorhandenen Infrastruktur zu einem starken wirtschaftspolitischen Thema werden.
- Wir unterstützen die Überprüfung der Wirtschaftsförderung, nach der zwar grundsätzlich an den Fokusbranchen festgehalten werden soll, aber darüber hinaus eine stärkere Verzahnung angestrebt wird. Vielfach entstehen neue Projekte an Schnittstellen.

Logistik:

Die Region ist einerseits ein gefragter Logistikstandort andererseits brauchen wir mehr Flächen, um dieser Nachfrage gerecht zu werden:

- Bei Berkhof konnte ein eher kleinerer Standort fertiggestellt werden.
- Der Logistikstandort Barsinghausen/Wunstorf ist in der Projektierung.

Aktuelle Anforderungen:

- Schnelles Internet ist nicht nur für den privaten Gebrauch ein Vorteil, sondern auch wirtschaftlich von großer Bedeutung. Wir haben in der Region einen „Flickenteppich“, der von unterschiedlichen Anbietern bearbeitet wird, was die Arbeit nicht leichter macht. Wir werden uns des Themas annehmen und in Hinblick auf die Kommunalwahl 2016 bearbeiten.
- Wir werden daran arbeiten, Teilhabe für Menschen mit Behinderung zu verwirklichen. Über die Notwendigkeit eines „Regionalen Aktionsplans für Menschen mit Behinderung“ ist bereits an anderer Stelle berichtet.
Aus Sicht der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung werden wir konstruktiv an der Umsetzung arbeiten.
- Bei der Diskussion um den zukünftigen Fachkräftebedarf sehen wir einerseits die Notwendigkeit der öffentlichen und medialen Behandlung des Themas, haben andererseits aber kein Verständnis dafür, dass die Vorsorge für die Zukunft nicht immer sehr ausgeprägt

ist. Werden Mittel der Bundesagentur für Arbeit für die Aus- und Weiterbildung nicht ausgeschöpft, ist dies angesichts des Handlungsbedarfs schlicht unverständlich.

- Wir sehen eine unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung in der Region. Die Städte Barsinghausen, Springe und Gehrden sowie die Gemeinde Wennigsen haben ein regionales Entwicklungskonzept auf den Weg gebracht. Die Region wird diese Initiative auf Vorschlag der SPD-Regionsfraktion im wirtschaftlichen Analyseteil mit € 50.000 unterstützen.
- Neben dem Abbau der Jugendarbeitslosigkeit werden wir uns in der nächsten Zeit mit der Beschäftigungssituation „Älterer Arbeitnehmer/innen“ beschäftigen. Dabei geht es uns um die Zielgruppen
 - Ältere Arbeitnehmer/ innen in Beschäftigung halten
 - Ältere Arbeitnehmer/ innen in Beschäftigung bringen
 - Strategien gegen Langzeitarbeitslosigkeit